

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

der Landtag hat mich am 10. August zur Ministerpräsidentin des Saarlandes gewählt.

Ich übernehme dieses Amt in einer Zeit, in der unser Bundesland — ebenso wie die Bundesrepublik insgesamt — vor großen Herausforderungen steht. Ausufernde Staatsverschuldung und Finanzkrisen im Euroraum, der Ausstieg aus der Atomkraft und der Umstieg auf erneuerbare Energieträger, die globalen Klimaveränderungen, die demografische Veränderung und eine Zunahme sozialer Unterschiede in unserer Gesellschaft — das alles sind - jeweils für sich genommen — bereits gewaltige Probleme. In ihrer Gleichzeitigkeit und ihrer wechselseitigen Beeinflussung stellen sie jedoch die Politik vor eine ganz neue Dimension von Verantwortung und Handlungsnotwendigkeit.

Diese gegenwärtigen Krisen empfinden immer mehr Menschen als Ausdruck von Politikversagen. Wir alle müssen deshalb darauf achten, dass diese Enttäuschung über die vermeintliche Ohnmacht von Politik nicht zu einer fundamentalen Vertrauens- und Legitimationskrise der demokratischen Staaten und Gesellschaften führt.

Demokratie

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen deshalb heute mehr denn je den Mut, die Probleme offen anzusprechen und den Menschen auch die unangenehmen Wahrheiten zuzumuten. Wir brauchen einen politischen Diskurs, der wirklich um die beste Lösung ringt und sich nicht in abgenutzten Ritualen und Schaukämpfen unseres Politikbetriebes erschöpft. Solche Rituale verstehen die Menschen nicht, sie wollen sie nicht, und solche Rituale dienen auch nicht der Zukunft unseres Landes.

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Diese müssen wir angehen, ernsthaft und sachlich. Und dort — wo es möglich ist — gemeinsam. Ich jedenfalls biete als Ministerpräsidentin allen Fraktionen dieses Hauses eine faire, transparente und sachorientierte Zusammenarbeit an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlage der Arbeit dieser Landesregierung ist und bleibt selbstverständlich der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009.

Eigenständigkeit

Aber für mich gibt es ein Thema, das die politische Agenda der nächsten Jahre in unserem Land mehr denn je beherrschen wird: Das ist die Frage, wie wir die Eigenständigkeit unseres Saarlandes sichern. Alle Parteien hier im Landtag und alle maßgeblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen stimmen darin überein: Die Sicherung der Eigenständigkeit liegt im ureigensten Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Dabei geht es weder um die Sicherung von Mandaten und Posten, noch um die bloße Vertretung unserer regionalen und wirtschaftlichen Interessen. Es geht um mehr: Unser Land und seine Menschen haben in der Vergangenheit einen maßgeblichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland geleistet: Als von Kohle und Stahl geprägte Industrieregion, die ein Motor des deutschen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit war; als Schrittmacher der deutsch-französischen Aussöhnung und als Hoffnungsträger der deutschen Einheit im Zuge der ersten, der sogenannten kleinen Wiedervereinigung nach der Volksabstimmung im Jahre 1955.

Darauf können wir stolz sein. Und stolz sein können wir auch auf die Beiträge, die wir heute leisten. Als wirtschaftlich starke Region im Herzen Europas, die kulturell und ökonomisch Brücke sein kann zwischen Deutschland und Frankreich. Als Bundesland, das wie wenige andere in Deutschland große strukturelle Veränderungen erfolgreich bewältigt hat und das trotzdem inmitten einer sich rasant verändernden Welt Heimat ist.

Wir Saarländer kämpfen für unsere Eigenständigkeit. Nicht, weil wir uns damit von der bündischen Solidarität der Länder etwas einfordern, sondern weil wir weiter unseren ganz eigenen Beitrag leisten wollen. Für ein erfolgreiches Deutschland. Für ein europäisches Deutschland.

Die Selbständigkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie wird dabei heute weniger von außen durch regelmäßig wiederkehrende Debatten um Länderneugliederungen in Frage gestellt, sondern vielmehr durch Entwicklungen von innen heraus. Unsere Schulden und die demografische Veränderung sind die größten Herausforderungen für unsere Selbständigkeit.

Im vergangenen Jahr betrug unser strukturelles Haushaltsdefizit rund 1,25 Milliarden Euro. Der Gesamtschuldenstand belief sich auf 11,3 Milliarden Euro.

Und wir haben in den vergangenen zehn Jahren rund 50.000 Einwohner durch die demografische Entwicklung verloren. Dieser Einwohnerrückgang hat unmittelbare wirtschaftliche Folgen: für den Arbeitsmarkt, für die Kaufkraft und nicht zuletzt für die Steuerkraft. Jeder Einwohner weniger bedeutet für das Land weniger Einnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs.

Dies zusammengenommen ist eine große Hypothek gerade für die jüngere Generation. Denn sie muss, obwohl zahlenmäßig geringer, größere Probleme stemmen.

Deshalb ist für mich ganz klar: Wer wirklich ein eigenständiges Saarland erhalten will, der muss sich diesen Herausforderungen stellen. Und er muss sich diesen Herausforderungen jetzt stellen.

Haushalt

Was also müssen wir tun?

Die Haushaltslage unseres Bundeslandes zu verbessern — dieser Aufgabe sahen sich alle saarländischen Landesregierungen verpflichtet. Die SPD-Regierungen haben zwei Teilentschuldungen auf den Weg gebracht. Dafür verdienen sie, ungeachtet aller politischen Differenzen, Anerkennung.

Die Regierung meines Amtsvorgängers Peter Müller hat in den vergangenen zwölf Jahren neben der dritten Teilentschuldung durch erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für einen — auch im Ländervergleich — weit überdurchschnittlichen Aufschwung gesorgt. Wir haben aktuell im Saarland die geringste Arbeitslosigkeit, den höchsten Beschäftigungsstand und das höchste Wirtschaftswachstum seit 30 Jahren. Damit liegen wir im vorderen Drittel beim Leistungsvergleich mit den anderen Bundesländern. Dafür danke ich von dieser Stelle aus ganz herzlich!

Aber trotz dieser massiven Anstrengungen müssen wir heute feststellen: Wir haben das Ziel der Haushaltskonsolidierung bisher nicht in dem Maße erreicht, wie wir das angestrebt haben. Das liegt vor allem daran, dass wir die Auswirkungen weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Krisen auch hier vor Ort im Saarland immer stärker zu spüren bekommen. Die mittlerweile dritte Wirtschaftskrise seit dem 11. September 2001 und insbesondere die aktuelle Finanzkrise haben unsere Konsolidierungserfolge zu einem großen Teil unterlaufen und in Frage gestellt.

Die Schuldenkrise in Europa führt uns dabei in drastischer Weise vor Augen: Erstens — eine ausufernde Staatsverschuldung beraubt ganze Länder ihrer Handlungsfähigkeit. Zweitens — die Bereitschaft, verschuldeten Ländern solidarisch beizustehen, stößt immer mehr an Akzeptanzgrenzen. Drittens — was auf europäischer Ebene gilt, trifft im Grundsatz auch hier in Deutschland für die Nehmerländer im Länderfinanzausgleich zu: Nämlich, dass diese Länder zunächst ihre fiskalischen Aufgaben erledigen und einen glaubhaften Konsolidierungspfad einschlagen.

Wir alle wissen: Die aktuelle Regelung zum Länderfinanzausgleich läuft schon in acht Jahren aus. Es gibt kaum Bereitschaft unter den Geberländern, diesen Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form unverändert weiterzuführen. Das ist die ganz neue Qualität, vor der wir die Sicherung der Eigenständigkeit sehen müssen. Und das ist eine zentrale Herausforderung für die saarländische Politik in den nächsten Jahren!

Schuldenbremse

Ich bin der festen Überzeugung: Wir werden bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs nur dann eine Chance haben, wenn wir einen konsequenten Sanierungspfad beschreiten. Die Schuldenbremse ist dafür die verfassungsrechtlich verankerte Grundlage. Für uns heißt das: Wir müssen das strukturelle Haushaltsdefizit ab jetzt in zehn Jahresschritten vollständig abbauen. Dies bedeutet, dass wir das Defizit um jährlich 70 Millionen zurückführen müssen.

Wir werden also nachweisen müssen, dass wir unseren Haushalt nachhaltig sanieren. Dann — und nur dann — können wir mit jährlich rund 260 Millionen Euro an Konsolidierungshilfen rechnen, die wir auf der Basis der Vereinbarung zur Schuldenbremse erhalten. Das sind bis 2020 in der Summe immerhin rund 2,34 Milliarden Euro, die in ihrer Wirkung einer Dritten Teilentschuldung gleichen. Kritikern der Schuldenbremse sage ich ganz deutlich: Ohne konsequente Haushaltskonsolidierung ist unser Anspruch auf diese jährlich rund 260 Millionen Euro verloren. Verloren, ohne dass sich an den objektiven Sanierungszwängen auch nur ein Jota ändern würde. Wir können es uns also nicht erlauben, auf diese Konsolidierungshilfen zu verzichten. Und auch vor dem Bundesverfassungsgericht wären unsere Chancen gleich Null. Es führt an einer restriktiven und verantwortungsbewussten Haushaltspolitik im Saarland kein Weg vorbei.

Der Landeshaushalt 2011 und die vom Kabinett beschlossenen Eckpunkte zum Landeshaushalt 2012 werden diesem Anspruch voll gerecht. Beide Haushalte erfüllen die Vorgaben der Schuldenbremse. Beide Haushalte setzen aber genauso bewusst gestalterische Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Familie und Zukunftsinvestitionen. Für 2011 liegen wir im Plan, die vorgesehene Defizitobergrenze von rund 1,1 Milliarden Euro einzuhalten. Die im Mai prognostizierten Steuereinnahmen werden in einen Nachtragshaushalt eingestellt. Wie auch bereits in der Vergangenheit werden wir uns im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs um eine faire Verfahrensweise gegenüber den Kommunen bemühen — und zwar unter dem Gesichtspunkt steuerlicher Mehreinnahmen, aber auch einer gemeinsamen Verantwortung für die infrastrukturelle und kulturelle Weiterentwicklung unseres Landes.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Erfordernis des Sparens wird also auch in den nächsten Jahren — und zwar mit oder ohne Schuldenbremse — für keine Landesregierung ein Weg vorbei führen.

Wie dieser Sanierungspfad verlaufen soll, dazu hat es in den zurückliegenden Tagen und Wochen Vorschläge gegeben.

Im Auftrag der Haushaltsstrukturkommission hat die PWC im Rahmen einer Potentialanalyse errechnet, was mit Blick auf die Vergleichbarkeit der Ausgaben des Landes mit dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer einzusparen ist.

Ebenso liegt eine Reihe von Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung auf dem Tisch, die eine Gruppe von Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben gemacht hat.

Für beides gilt:

1. Diese saarländische Landesregierung wird alle Berechnungen und Vorschläge vorurteilsfrei prüfen.
2. Im Rahmen dieser Prüfung werden wir zwischen dem Einsparnutzen und den Folgen für die Betroffenen und das Land sorgsam abwägen.
3. Wir werden diesen Prozess umgehend und konsequent einleiten. Dazu wird das neue Kabinett in seiner ersten Sitzung eine Lenkungsgruppe einsetzen, die mit Blick auf die einzelnen Bereiche und Vorschläge den Prozess auf den Weg bringt.

„Saarland
2020“

Ziel ist ein umfassendes Zukunftssicherungsprogramm „Saarland 2020“. Dieses Programm beruht auf drei Säulen:

- Sanieren,
- investieren,
- das Saarland demografiefest machen.

Wir werden auf der Grundlage der Vorarbeiten der Haushaltsstrukturkommission die notwendigen Sanierungsmaßnahmen und deren Umsetzung festlegen. Darüber hinaus werden wir alle Landesgesellschaften ebenfalls einer kritischen Untersuchung unterziehen. Wir werden die geplanten Investitionen der nächsten Jahre auf den Prüfstand stellen und die unverzichtbaren Leitprojekte in einer abgestimmten Investitionsplanung festschreiben.

Auf der Grundlage des Berichtes der Enquete-Kommission des Landtags und des Demografieberichts der Landesregierung werden wir in einer Gesamtstrategie die Maßnahmen bündeln, die wir brauchen, um das Saarland demografiefest zu machen.

Was den öffentlichen Dienst im Saarland und die dort notwendigen Anpassungen anbelangt, werde ich so schnell wie möglich Gespräche mit den Vertretern des öffentlichen Dienstes aufnehmen. Die PWC hat unter dem Stichwort „Kosten der politischen Führung“ Berechnungen dazu erstellt. Ich will deutlich anmerken, dass mit politischer Führung die gesamte Ministerialverwaltung, also rund 1700 Beschäftigte, gemeint ist. Selbstverständlich wird niemand ausgenommen, wenn es um die Reduzierung der Kosten geht. Ich füge allerdings hinzu: Durch die Reduzierung der Versorgungsleistungen, die Verschärfung der Nebentätigkeitsregelungen sowie durch die Verschiebung von Besoldungsanpassungen hat die Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Peter Müller hier bereits klare Signale gesetzt. Gleiches gilt auch für den saarländischen Landtag. Wir brauchen hier keinen Vergleich zu den Regierungen und Parlamenten anderer Bundesländer zu scheuen.

Personal

Angesichts einer zurückgehenden Bevölkerung liegt es auf der Hand, dass am Ende eine leistungsfähige Landesverwaltung stehen muss, die zahlenmäßig kleiner ist, die aber für den Einzelnen gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven bietet.

Dazu müssen wir uns einer kritischen Überprüfung der Aufgaben stellen. Ebenso müssen wir differenzierte Betrachtungen gerade für die Bereiche anstellen, wo es um die Themen Einnahmengewinnung und Ausgabenkontrolle geht.

Auch mit Blick auf den demografischen Wandel müssen wir über die Themen Personalgewinnung und Personalentwicklung reden. Dabei werden Fragen eines umfassenden Personal- und Gesundheitsmanagements ebenso eine Rolle spielen, wie die Übertragung der für die Arbeitnehmer in privaten Bereichen beschlossenen Rente mit 67 auf die Beamten.

Ein weiterer Schwerpunkt gerade mit Blick auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist die familiengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze. Ein großer Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Saarland hat Familie. Das ist gut so und das wollen wir unterstützen und fördern. Ich will deshalb, dass der saarländische öffentliche Dienst Vorreiter in Sachen Familiengerechtigkeit wird. Dazu soll das von der Bundesregierung entwickelte Pflegezeitmodell als Rechtsanspruch eingeführt werden. Außerdem will ich nach Vorbild der skandinavischen Staaten Vollzeitstellen so ausgestalten, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder bleibt. Selbstverständlich gehören auch die Fragen der Einkommensentwicklung und der Aufstiegsperspektiven, gerade auch für Frauen, in diesen Gesamtkontext.

Einnahmen

Sparen ist ein Teil, ein anderer Teil besteht darin unsere Einnahmepotenziale auszuschöpfen. Deshalb werden wir, wie in der Haushaltsklausur der Landesregierung beschlossen, die Grunderwerbsteuer schrittweise erhöhen. Deshalb werden wir Entscheidungen auf Bundesebene, die unsere Einnahmeseiten negativ berühren, nicht unterstützen. Ebenso wenig hinnehmen werden wir Kürzungen oder gar strukturelle Veränderungen des geltenden Länderfinanzausgleichs. Mit Blick auf die Zukunft setzt diese Landesregierung auch weiter auf ein solidarisches Finanzierungssystem. Mit den uns gewährten Hilfen sind wir verantwortungsvoll und zielgerichtet umgegangen. Aber: Das Saarland hat es geschafft, in der Vergangenheit durch starkes wirtschaftliches Wachstum seine Abhängigkeit von den laufenden Zahlungen des Länderfinanzausgleichs deutlich zu reduzieren. Auch deshalb stehen wir Lösungen offen gegenüber, die durch einen stärkeren Selbstbehalt von Einnahmen zu Leistungsanreizen führen.

Leitinvestitionen

Natürlich werden wir durch Sparen alleine keine Zukunft sichern. Deshalb werden wir gezielt in Projekte investieren, die das Land zukunftssicher machen. Investitionen in Bildung, in Familien, in Wissenschaft und Forschung bringen unser Land voran. Dazu zählen zum Beispiel Baumaßnahmen an den Hochschulen und Universitätskliniken, der Ausbau von Ganztagschulen und Kindertageseinrichtungen sowie die Mittel für außeruniversitäre Forschung und den Hochschulpakt. Und selbstverständlich werden wir auch den ländlichen Raum

und die Landeshauptstadt als wirtschaftliches und kulturelles Oberzentrum des Landes unterstützen. Dazu zählt auch die Vollendung der Museumslandschaft in Saarbrücken durch den 4. Pavillon.

Wirtschaft

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die finanzielle Gesundung wird auch bei größter Sparsamkeit nur dann gelingen, wenn sich die Steuereinnahmen weiter positiv entwickeln. Deshalb ist die dynamische Entwicklung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt so wichtig. Wirtschaftskraft schafft Steuerkraft. Wir brauchen wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen und dafür die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir setzen auf unsere industriellen Kernkompetenzen. Das Saarland ist und bleibt ein Industrieland. Wir setzen auf die Förderung von Ansiedlungen, technologischen Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen auf den Mittelstand, das Rückgrat unserer breit aufgestellten Saarwirtschaft.

Als Ministerpräsidentin werde ich der Saarwirtschaft ein verlässlicher Partner sein und gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung weiterhin ein aktiver Schrittmacher des wirtschaftlichen Strukturwandels. Mir ist ein regelmäßiger Austausch mit den Repräsentanten der Wirtschaftskammern und Verbänden wichtig — ebenso wichtig wie die Kontakte zu Mittelständlern, Großunternehmen und Freiberuflern. Unverzichtbare Partner sind für mich aber auch selbstverständlich starke Gewerkschaften. Lassen Sie uns hier einen offenen Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit pflegen.

Mit Blick auf die aktuelle Situation gibt es durchaus Grund zu vorsichtigem Optimismus. Die Saarwirtschaft hat sich nach der schweren Krise 2008/2009 wieder deutlich erholt. Im letzten Jahr hatten wir das stärkste Wirtschaftswachstum seit mehr als 30 Jahren. Das ist zwar auch ein Erfolg der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Aber das ist zuallererst eine große Leistung der saarländischen Wirtschaft und der saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

Zwar hat sich nach den letzten Quartalszahlen die Wachstumsentwicklung bundesweit deutlich verlangsamt; dennoch hat sich in den letzten Monaten die Situation am saarländischen Arbeitsmarkt ausgesprochen positiv entwickelt. Nach den jüngsten Daten der Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Arbeitslosen im Saarland binnen Jahresfrist um 2.500 zurückgegangen, sie liegt aktuell unter 35.000. Im selben Zeitraum haben wir zudem einen Zuwachs von mehr als 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das sind gute Zahlen. Weil sie den Erfolg belegen, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmen und die Gewerkschaften gemeinsam erreicht haben. Und es sind gute Zahlen, weil sie verdeutlichen: Die Saarländerinnen und Saarländer profitieren von dieser guten wirtschaftlichen Entwicklung.

Arbeitsmarkt

Es gibt aber Menschen, die nur im geringen Umfang an diesem Aufschwung teilhaben. Ich denke an die rund 3.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die trotz Vollzeitjob nicht von ihrem Gehalt leben können. Das können wir nicht akzeptieren. Hier müssen wir gegensteuern und alle Instrumente nutzen, die uns im Rahmen des Arbeitnehmerentendegesetzes bzw. des Mindestarbeitsbedingungengesetzes zur Verfügung stehen. Eine zweite Gruppe, die ebenfalls nur teilweise vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitiert, sind die Leiharbeiter. Der Boom in der Leiharbeit hat zwar vielen Menschen einen neuen Arbeitsplatz gebracht. Wir müssen aber aufpassen, dass die Leiharbeit nicht zu Lasten regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse geht. Und wir dürfen auch bei guter wirtschaftlicher Entwicklung die Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen nicht vergessen. Die jüngsten Pläne des Bundes, in der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit die Eingliederungshilfen um rund ein Drittel zu kürzen, halte ich in dieser Höhe für sehr bedenklich. Es besteht die Gefahr, dass dann nicht mehr ausreichend Mittel zur Förderung der beruflichen Qualifikation zur Verfügung stehen. In diesem Punkt sehe ich — wie im Übrigen auch andere Ministerpräsidenten — auf Bundesebene noch erheblichen Gesprächsbedarf.

Meine Damen und Herren, der schon jetzt spürbare Fachkräftemangel in unserem Land darf nicht zu einer Wachstumsbremse werden. Wie Sie wissen, habe ich mich daher schon als Arbeitsministerin gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister – vor allem mit Blick auf die demographische Entwicklung — für ein konzentriertes Vorgehen aller betroffenen Organisationen eingesetzt. Ich danke an dieser Stelle den Vertretern der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer ebenso wie der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitskammer sowie der Vereinigung saarländischer Unternehmensverbände für die konstruktiven Gespräche. Ich hoffe, dass wir in Kürze zügig an die Umsetzung gehen können.

*Industrie-
standort*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Industriestandort wie das Saarland braucht zusammenhängende Gewerbe- und Industrieflächen. Mit der Umsetzung der Bestandserhebung von Industrieflächen in konkrete Erschließungsprojekte stellt die Landesregierung für diese Zukunftsinvestitionen rund 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Vor eine besondere Herausforderung, aber auch vor viele Chancen stellt uns dabei das Ende des Bergbaus an der Saar. Ich will noch einmal betonen, dass ich die Entscheidung zum Auslaufen des Bergbaus für richtig gehalten habe und auch heute noch für richtig halte. Es ist das Verdienst sehr vieler Menschen, gerade im Unternehmen selbst und in den Personalvertretungen, dass dieser Prozess sozialverträglich gestaltet werden konnte. Auch wenn ich weiß, dass für viele, die noch für einige Jahre das Saarland verlassen müssen, damit eine persönliche Härte verbunden ist. Trotzdem bleibt festzuhalten: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. Jetzt müssen wir die Zeit nach dem Bergbau gestalten. Zum einen mit Blick auf die ehemaligen Flächen des Bergbaus, zum anderen mit Blick auf den Umgang mit den historischen Verdiensten des Bergbaus und der Bergleute. Ohne diese Verdienste wäre unser Land nicht das, was es heute ist.

Das Saarland ist in vielen Bereichen ein starkes Land. Aber es ist nach wie vor für viele Menschen eine unbekannte Größe. Wir haben vieles zu bieten. In vielen Bereichen sind wir Vorreiter. Wir sind ganz selbstverständlich und unaufge-

regt weltoffen und Heimat verbunden. Aber wir sind immer noch zu bescheiden. Wir haben viel Gutes und wir tun viel Gutes in diesem Land, aber wir reden nicht genug darüber. Wir brauchen uns nicht größer zu machen als wir sind, aber eben auch nicht kleiner.

Region

Wir müssen das Saarland viel stärker als bisher ins öffentliche Bewusstsein rücken. Das heißt, wir müssen das Saarland — mit all seinen Vorzügen als Wirtschaftsregion, als touristisches Ziel und als Region mit hoher Lebensqualität — national und international bekannter machen. Bereits im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, Ansiedlungsmanagement und Außenwirtschaftsförderung enger aufeinander abzustimmen. Auch die Wirtschaftsorganisationen haben ihre Bereitschaft signalisiert, an dieser Aufgabe mitzuwirken. Ich werde mit allen Verantwortlichen Gespräche mit dem Ziel aufnehmen, einen abgestimmten Vorschlag vorzulegen.

Ebenso wichtig wie Standortmarketing und Gewerbeflächen ist jedoch die Finanzierung von Ansiedlungen und Investitionen. Daher muss die Kreditversorgung der Saarwirtschaft gewährleistet sein; sie darf keinesfalls zum Engpassfaktor werden. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund verschärfter Eigenkapitalvorschriften nach dem Basel III-Regelwerk. Besonders gilt dies für die SaarLB als größtes saarländisches Kreditinstitut. Der saarländische Landtag hat sich mit breiter Mehrheit und fraktionsübergreifend zur SaarLB bekannt. Um deren Eigenständigkeit zu sichern, hat das Saarland vergangenes Jahr Anteile von der BayernLB zurückerworben. Nun gilt es, diese Strategie weiterzuentwickeln, die Bank in eine zukunftsgerichtete Eigentümerstruktur zu führen und die Kooperation zwischen Sparkassen und SaarLB auszubauen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen stellen bei uns mehr als 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Offensive Mittelstandspolitik gehört daher für mich zum Grundkanon jeder Wirtschaftspolitik. Wir werden auch weiterhin den Mittelstand mit Investitionszuschüssen, mit Kostenbeteiligung bei Aus- und Fortbildung sowie einer direkten Zuwendung an die Handwerkskammer unterstützen. Ein spezieller Förderschwerpunkt ist der Tourismus. In den nächsten Jahren streben wir hier eine Steigerung der Übernachtungszahlen um

25 Prozent an. Die „Saarland-Therme“ in Rilchingen und der „Ferienpark Bostalsee“ helfen uns, diese Zielmarke zu erreichen.

*Infra-
struktur*

Für ein wirtschaftlich starkes, dynamisches Saarland brauchen wir eine moderne Infrastruktur und gute Verkehrsverbindungen. Gerade bei den überregionalen Verbindungen sind wir auf verlässliche Partnerschaften mit der Deutschen Bahn oder den Anbietern im Luftverkehr angewiesen. Die bestehenden engen Kontakte werde ich aus diesem Grund weiter intensivieren.

Infrastruktur geht aber über diese Fragen hinaus. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien gewinnen in einer sich mit hoher Geschwindigkeit dynamisch entwickelnden Informationsgesellschaft eine stetig wachsende Bedeutung. Die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus anerkannte exzellente Forschungslandschaft hat hierzu in der Vergangenheit Hervorragendes geleistet. Dies ist eine der wichtigsten Grundlagen für die zeitgemäße Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur. Vor diesem Hintergrund kommt der Entwicklung der Kommunikationsnetze zu sogenannten Netzen der nächsten Generation eine besondere Bedeutung zu. Das Saarland sieht als ein wesentliches Ziel dieser Technologieentwicklung gerade die Stärkung der Infrastruktur ländlicher Räume an. So können strukturell gleichmäßig entwicklungsfähige Lebensgrundlagen geschaffen werden, für die Menschen und Unternehmen, die beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch zeitgemäße Telekommunikationsdienste unterstützen. Dabei bringt der Fortschritt zwar viele Vorteile, aber auch neue Risiken mit sich. Insbesondere die fortschreitende Überwachung des Datenverkehrs in öffentlichen Netzen ist ein zweiseitiges Schwert: Auf der einen Seite dient sie dem Sicherheitsbedürfnis unserer Gesellschaft, auf der anderen Seite ist sie gleichermaßen eine Gefahr für den Datenschutz.

Mit der Änderung des saarländischen Datenschutzgesetzes vom 18. Mai 2011 hat die Landesregierung der Vorgabe des Europäischen Gerichtshofs an die Unabhängigkeit der Datenschutzkontrollstelle entsprochen. Wir schaffen damit ein unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Dies gewährleistet einen gestärkten

Datenschutz aus einer Hand, mehr Datenschutzeffizienz und mehr Bürgerfreundlichkeit.

Energieland

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Saarland ist ein Energieland: Mit dem Masterplan Energie hat die Landesregierung eine umfassende Konzeption zur Entwicklung der Energiewirtschaft vorgelegt. Wir haben darin dargelegt, wie wir das Ziel erreichen wollen, 2020 mindestens 20 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Wir setzen dabei auf eine Energieversorgung, die verlässlich, sicher und klimaverträglich, die gleichzeitig aber auch bezahlbar und damit sozialverträglich ist. Die technischen Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, haben wir. Was wir noch schaffen müssen, ist mehr gesellschaftliche Akzeptanz für die konkreten Projekte der Energiewende. Aus dem breiten gesellschaftlichen „Nein“ zur Kernenergie muss jetzt ein deutliches „Ja“ zu Windrädern, Solaranlagen und Biomassekraftwerken werden. Es gibt genügend Beispiele wie in der Gemeinde Freisen, wo Windenergieanlagen im Einvernehmen mit Bevölkerung und kommunalen Gremien errichtet wurden. Hier kann jeder in diesem Haus seinen Beitrag dazu leisten, im jeweiligen örtlichen Umfeld für die notwendige Akzeptanz für Erneuerbaren Energien zu sorgen.

Bei unserem Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien werden wir aber noch auf Jahre hinaus auf fossile Energieträger zurückgreifen müssen, um eine sichere und bezahlbare Stromversorgung auch für die Saarindustrie zu gewährleisten. Die Landesregierung begrüßt deshalb ausdrücklich, dass die Kraftwerkswirtschaft im Saarland mit der Stahlindustrie eine Verbundlösung für den Block III des Kraftwerks Ensdorf realisieren wird. Damit ist der Kraftwerksstandort Ensdorf ebenso gesichert wie eine kostengünstige Stromversorgung für Saarstahl. Aktuell gibt es Spekulationen über einen möglichen Verkauf der VSE. Mit der RWE hat die VSE gegenwärtig einen starken Aktionär. Sie profitiert von dessen Wirtschaftskraft und Wissen. Wenn sich die Verkaufsüberlegungen weiter konkretisieren, müssen wir uns als saarländische Politik die Frage stellen, wie die VSE weiter positiv begleitet werden kann. Sollten sich tatsächlich Veränderungen abzeichnen, die zu neuen Anteilseignerstrukturen in der Energiewirtschaft des Saarlandes führen, wird sich die Landesregierung für

Lösungen einsetzen, die unsere Standortinteressen so gut wie möglich absichern. Dabei sind wir auch offen für eine saarländische Lösung. Ich sage allerdings ebenso deutlich: Eine solche Lösung wird nur unter Einbindung der Industrie zu bewerkstelligen sein.

*Energie-
wende*

Ein wichtiger Aspekt der Energiewende kommt in der öffentlichen Diskussion häufig zu kurz: die Chancen der Energiewende für die Unternehmen im Saarland. Hier entstehen neue Märkte, die es zu nutzen gilt. Saarländische Industriebetriebe profitieren bereits heute davon. So hat sich der saarländische Maschinenbau verstärkt dem Geschäftsfeld Neue Energien zugewandt. Die Branche produziert vor allem für Windkraftanlagen. Die Firma Vensys in Neunkirchen etwa, die das komplette Maschinenhaus einer Windkraftanlage, die Gondel, produziert und exportiert, ist ein Beispiel von vielen dafür, wie saarländische Mittelständler bereits heute von der Energiewende profitieren. Dieses Unternehmen ist als Ausgründung aus der HTW entstanden. Es ist mithin ein gelungenes Beispiel dafür, wie durch Technologietransfer angewandte Forschung und Entwicklung dem Standort Saarland neue Perspektiven eröffnen.

Aber auch klassische Industrieunternehmen wie die Dillinger Hütte oder Saarstahl sind erfolgreich in den Markt der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz eingestiegen. Die Dillinger Hütte liefert den Qualitätsstahl für die leistungsstarken Windturbinen in der Nordsee und unsere neue Saarschmiede verarbeitet hochlegierte Stähle für neue hocheffiziente Kraftwerke. Nicht zuletzt profitiert auch das Handwerk von der Energiewende. Die energetische Sanierung privater und öffentlicher Gebäude bietet ein enormes Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzial für das Handwerk. Mit dem Programm „Das Saarland handelt“ setzen wir genau an dieser Stelle an.

Wenn wir ein eigenständiges und selbstbewusstes Land sein und bleiben wollen, müssen wir die Herausforderungen auch als Chance begreifen. Überall dort, wo wir Bestehendes verändern, entsteht Platz für etwas Neues. Dies ist der Kern unserer Überlegungen, um mit den demografischen Veränderungen und Fragestellungen der Zukunft im Rahmen einer Gesamtstrategie umzugehen.

Zu diesen Fragestellungen gehört für mich die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Das Land wendet im Jahr rund 240 Millionen Euro auf, um die Universität des Saarlandes und die Hochschule für Technik und Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Das ist eine immense Kraftanstrengung. Aber Maßnahmen zur Stärkung der Wissenschaft können sich heute in unserer Situation realistischerweise nicht darin erschöpfen, immer mehr Geld in das System zu pumpen. Angesichts der Haushaltslage müssen jeder Euro und jeder Cent kritisch hinterfragt werden.

Wissenschaft

Für die Hochschulen und die externen Forschungsinstitute bedeutet dies, dass alle Bereiche daraufhin überprüft werden müssen, ob sie fortgeführt werden oder ob sie vielleicht verzichtbar sind. Entscheidend ist in erster Linie nicht, was wünschenswert ist, sondern welche wissenschaftliche Infrastruktur wir als Bundesland, als Wirtschaftsstandort und als Forschungsstandort für unsere weitere Entwicklung brauchen. Diesen Bedarf zu definieren, ist Aufgabe der Politik in diesem Land. Daher werden wir im engen Dialog mit denen, die in Forschung und Lehre an unseren Hochschulen arbeiten, die Hochschulentwicklungsplanung für die kommenden Jahre definieren. Sämtliche Synergieeffekte müssen genutzt, Dopplungen von Studiengängen und Forschungskompetenzen wo möglich hochschulübergreifend zurückgeführt werden. Eine hochschulübergreifende Entwicklungsplanung unter Einbeziehung der Angebote in der Großregion SaarLorLux wird Leitziele für Universität und HTW formulieren. Damit werden wir einen Rahmen setzen, in dem sich die Profile der Hochschulen schärfen und aufeinander abstimmen können. In diesem Sinne werden wir die Gespräche mit allen Beteiligten fortführen und die Ergebnisse in entsprechende Ziel-Leistungs-Vereinbarungen einfließen lassen.

Was ich auf jeden Fall für verbesserungsfähig halte, sind die unbefriedigenden Promotionsmöglichkeiten für die Master-Absolventen der Fachhochschulen. Die derzeitige Regelung errichtet oftmals unnötige Hürden. Wir brauchen hier ein Verfahren, das sich weniger am Status von Institutionen und mehr an der konkreten Qualifikation der Bewerber orientiert. Deshalb sollten wir die Einrichtung einer gemeinsamen Promotionsplattform von Universität und HTW in den Ingenieurwissenschaften prüfen. Als eine Basis für diese Plattform könnte etwa das neu gegründete „ZeMA“, das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik dienen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Saarländerinnen und Saarländer, auch und gerade die kommunale Seite muss sich schon seit geraumer Zeit den Herausforderungen von Verschuldung und Demografie stellen. Über die Finanzbeziehungen sind Land und Kommunen in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Deshalb stellt sich die Frage des Schuldenabbaus für beide und deshalb ist die Schuldenbremse auch von unseren Städten und Gemeinden anzuwenden.

*Land/
Kommunen*

In diesem Zusammenhang werden immer wieder Forderungen nach Gebietsreformen laut. Für mich sind Gebietsreformen ein schwerwiegender Schritt, der gut überlegt sein muss. Denn es geht um gewachsene Räume und um die Menschen, die darin leben und arbeiten. Ich sehe vorrangig ein großes, noch ungenutztes Potenzial an Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit, das es zu erschließen gilt. Dazu wollen wir die vorhandenen kommunalen Förderinstrumente weiterentwickeln und dabei gezielt Anreize für neue Kooperationsstrukturen setzen. Was uns dabei helfen wird, ist die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpakt Saar im Innenministerium eingerichtete Stelle zur Koordination der Landeszuwendungen an die Kommunen. Gerade der Konjunkturpakt Saar hat gezeigt, wie sehr das Augenmerk der Landesregierung auf den Kommunen liegt. Bis Ende 2011 werden innerhalb von nur zwei Jahren insgesamt 128,6 Millionen Euro an die Kommunen geflossen sein.

Wir alle wissen: Nicht jede Stadt und Gemeinde wird in Zukunft alle Angebote der Daseinsfürsorge aufrecht erhalten können. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, aber auch zwischen Ortsteilen innerhalb einer Gemeinde, wird mehr denn je zum Gebot der Stunde. Die Landesregierung wird deshalb noch stärker als bisher die Kooperationen zwischen den Kommunen fördern. Dazu werden wir die Förderinstrumente konsequent auf dieses Ziel ausrichten.

Dort wo die Erfüllung der Aufgaben wie im Brandschutz durch schwankende Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer massiv erschwert wird, müssen wir über Möglichkeiten zur Verstetigung und Planungssicherheit nachdenken.

Ich sage ganz deutlich: Diese Landesregierung setzt auf Ergebnisse, die freiwillig erreicht werden. Je besser diese Ergebnisse, umso weniger stellt sich die Frage nach Gebietsveränderungen.

Wir haben die Kommunen in der Vergangenheit nicht allein gelassen. Wir werden das auch in Zukunft nicht tun. Wir stehen zu unseren Zusagen. Das gilt auch für die Landeshauptstadt. Wir wissen, wie wichtig für das Land eine starke und attraktive Landeshauptstadt ist; eine Landeshauptstadt, die als regionales Oberzentrum konkurrenzfähig ist gegenüber den Nachbarstädten der Großregion SaarLorLux. Aus diesem Grund steht auch die neue Landesregierung zu den Zusagen der Vorgängerregierung in Bezug auf Infrastrukturprojekte wie „Stadtmitte am Fluss“, wie den Umbau des Stadions oder die Multifunktionshalle.

Aber diese Zusagen sind kein Freibrief. Die Landeshauptstadt muss ihre Bringschuld — Planungssicherheit und Verlässlichkeit der Entscheidung — erfüllen. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Ich setze selbstverständlich auf eine vernünftige Zusammenarbeit. Diese setzt aber voraus, dass die Stadt bei den angesprochenen Projekten endlich klare und durch Beschlüsse der zuständigen Gremien gedeckte Positionen vorlegt.

Für die Landesregierung geht es selbstverständlich aber auch um die Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Wir werden die Kommunen dort nicht vernachlässigen. Das galt in der Vergangenheit und das gilt auch für die Zukunft. Deshalb setzt sich die Landesregierung ein für Investitionen wie die Saarlandterme in Rilchingen, den Ferienpark am Bostalsee, das Gelände der ehemaligen Grube Reden in Schiffweiler, den Investitionen in die Biosphärenregion Bliesgau oder die Nordsaarlandstraße in Merzig.

Polizei

Zur Attraktivität einer Region gehört auch, dass die Menschen sicher leben können. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, werden wir alles tun, um auch mit knappen Mitteln die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft unserer Polizei aufrecht erhalten. Dennoch kommen wir an einer Fortentwicklung unserer Polizeiorganisation nicht vorbei.

Kernstück ist dabei eine verlässliche und nachhaltige Personalentwicklung, der Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche und der bedarfsorientierte Polizeieinsatz in den Dienststellen. Ich verschweige nicht, dass es zu einem Personalabbau kommen wird. Zwar werden wir einen verlässlichen Einstellungskorridor sicherstellen, dieser wird allerdings nicht alle Beamten ersetzen können, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten.

Um im Gegenzug die Organisation zu straffen, werden wir eine Hierarchieebene wegfällen lassen und das Landeskriminalamt mit der Landespolizeidirektion zu einem Landespolizeipräsidium zusammenfassen. Dabei sollen alle Polizeidienststellen im Land erhalten bleiben. Die Polizei bleibt ein wohnortnaher Ansprechpartner. Weitere Details der Neuorganisation werden derzeit mit den Polizeibesetzten, den Personal- und Berufsvertretungen und auch mit den Vertretern unserer Städte und Gemeinden diskutiert. Die Reform soll zum 1. Januar 2012 umgesetzt werden.

Auch auf die Justiz können sich die Bürgerinnen und Bürger im Saarland verlassen. Im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht derzeit die Frage der Sicherheitsverwahrung, die durch Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts eine neue Dringlichkeit erhalten hat. Für die saarländische Landesregierung hat der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Sexual- und Gewalttätern oberste Priorität. Um höchstmögliche Sicherheit zu erreichen, wird daher die Sicherungsverwahrung auch künftig unverzichtbar sein. Die Landesregierung wird deshalb mit dem Bund konstruktiv über die Neufassung der Regelungen über die Sicherungsverwahrung verhandeln. Mit kosmetischen Korrekturen an den derzeitigen Regelungen wird es in Zukunft nicht mehr getan sein.

Kultur

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Saarländerinnen und Saarländer, das Saarland ist ein Land mit einer vielfältigen und reichen Kulturszene. Neben dem Saarländischen Staatstheater und dem UNESCO Weltkulturerbe Völklinger Hütte existiert eine reiche Museumslandschaft, in dessen Zentrum die Museen der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit dem Saarland-Museum stehen. Eine reiche Festivalkultur mit den Spitzen „Musikfestspiele Saar“ und „Kammermusiktage Mettlach“, aber auch dem Nachwuchsfilmfestival Max Ophüls, das Perspectives und einer großen freien Szene, deren Spektrum von Rock bis Klassik reicht all — das gibt der Kultur unseres Landes ein einzigartiges und unverwechselbares Gepräge. Eingebettet in eine Breitenkultur der Chöre, eine regionale Museumsinitiative und eine bunte Festkultur ist sie ein unverzichtbarer Teil unserer Identität.

Von unserem Land gingen in der Vergangenheit immer wieder bedeutende Kulturbotschaften aus. Das Saarland-Museum unter Leitung seines Direktors Prof. Rudolph Bornschein war nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Museum im deutschsprachigen Raum, das die von den Nazis aus den Museen entfernte sogenannte „entartete Kunst“ zurückerworben hat. Durch diese mutige und beherzte Tat wurde in unseren Sammlungen ein bedeutender Schwerpunkt in der modernen Kunst des Expressionismus und des Blauen Reiters geschaffen, der Weltgeltung erlangt hat.

Die Völklinger Hütte war das erste Industriedenkmal aus der Blütezeit der Industrialisierung, das die UNESCO als Weltkulturerbe der Menschheit klassifiziert hat. Damit wurde weltweit ein klares Signal gesetzt, sich dieser Industriekultur als neue integrative Kulturplattform des 21. Jahrhunderts zuzuwenden.

Die Industrialisierung hat dieses Land mehr als ein Jahrhundert intensiv geprägt und die Menschen geformt. Die Industriekultur ist das Symbol dieser Zeit. Ich bekenne mich zu diesen Stärken saarländischer Kultur. Wir wollen alles daran setzen, die bedeutenden Errungenschaften für unsere Kinder und Enkel zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir wollen das breite kulturelle Angebot für die Zukunft sichern und Spielräume für Weiterentwicklung erschließen. Gerade in Zeiten knapper Kassen gilt es deshalb, uns durch behutsame Optimierungen und Bündelung auf unsere Stärken zu konzentrieren.

Was mir in diesem Zusammenhang Sorge bereitet, ist die Entwicklung in der Diskussion um den Glücksspielstaatsvertrag. Sollte es hier zu keiner tragfähigen Lösung kommen, kann dies auf Dauer die Existenz der Saarland Sporttoto GmbH gefährden. Ein Großteil der Förderung von Kultur, Sport, Umwelt und Sozialem wird über diese Mittel außerhalb des Landeshaushaltes finanziert. Wir werden uns also auch Gedanken darüber machen müssen, wie wir im schlimmsten Falle diese Förderung weiter ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen für die Vernetzung der Kultur in der Großregion SaarLorLux. Hier liegen unsere gemeinsamen Wurzeln. Hier liegt aber auch unsere gemeinsame kulturelle Zukunft. Wir wollen neben der Darstellung unserer Kultur zu Erkenntnis- und Bildungszwecken auch die touristische Dimension dieser Kulturvermitt-

lung stärken. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass wir als Saarland einen bedeutenden Kulturbeitrag für Europa leisten können. Das bedeutet: Wir werden alles daransetzen, durch attraktive Ausstellungs- und Kulturprojekte auch einen touristischen Anreiz für die Menschen zu schaffen, unser Saarland zu besuchen.

Zu all diesen strukturellen Fragen werden wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, die unter Leitung des Kulturministers Vorschläge für die Weiterentwicklung unserer Kulturlandschaft erarbeiten wird.

Wie immer unsere zukünftige Kulturlandschaft aussehen wird — der Bergbau als unverzichtbarer Bestandteil unserer landesspezifischen Erinnerungskultur muss seinen angemessenen Platz darin finden. Auch wenn der Steinkohlebergbau nicht mehr die Zukunft unseres Landes prägen wird, so ist dennoch seine Bedeutung für unser Land unvergessen. Er ist aus dem kollektiven Bewusstsein nicht wegzudenken. Es gibt keine Region in Deutschland und auch nicht in Europa, in der die Arbeit unter Tage so viele Menschen geprägt hat.

Bergbau

Im nächsten Jahr, am 7. Februar, jährt sich zum fünfzigsten Male das Grubenunglück von Luisenthal. 299 Menschen kamen damals ums Leben. Es war das zweitschwerste Grubenunglück in der Geschichte Deutschlands und ein Schicksalstag für unser Land. Wir werden diesen Jahrestag in angemessener Weise begehen und dabei der vielen Toten und ihrer Familien gedenken. Wir wollen damit wieder ins Bewusstsein rufen, unter welchen Gefahren Tausende, ja Hunderttausende von saarländischen Bergleuten in den beiden vergangenen Jahrhunderten die Grundlagen für unseren heutigen Wohlstand gelegt haben. Dies, meine Damen und Herren, dürfen wir niemals vergessen. Aus diesem Grund werden wir als Landesregierung die Traditionen und das Brauchtum des Bergbaus hoch — und die Erinnerung daran wach halten. Die Bergleute sollen wissen, dass wir stolz auf ihre Leistungen sind.

Gleichwohl werden wir aber auch hier nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um dies in finanziell verantwortungsvoller Weise zu tun. Hierbei denke ich an eine intensivere Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux. Schließlich gehört Kohle und Stahl über die Grenzen hinweg zu unserem gemeinsamen Erbe. Und was in früheren Zeiten Ursache der Rivalität und der kriegerischen Auseinandersetzung war, das sollte heute für uns umso mehr Grund zur Koope-

ration und zum Zusammenwachsen sein. Daher werden wir mit Blick auf die Industrietechnik eine enge Kooperation mit dem Industriemuseum im Carreau Wendel in Petite-Rosselle prüfen. Parallel hierzu könnte im Saarland der Aspekt der mit dem Bergbau verbundenen Arbeits- und Lebenswelt dokumentarisch aufgearbeitet und anhand moderner didaktischer Konzepte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Diese Art von grenzüberschreitender Arbeitsteilung wäre gut geeignet, unserer gemeinsamen Verantwortung zur Bewahrung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes gerecht zu werden.

Bildung

Jede dieser Herausforderungen werden wir nur bewältigen, wenn wir alle Kräfte des Landes mobilisieren. Wir brauchen alle Talente, alle Fähigkeiten — wir brauchen jeden Einzelnen. Deshalb können wir es uns nicht erlauben, Menschen zurück — oder außen vor zu lassen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird es immer wichtiger, niemanden auszugrenzen.

Diesem Ziel dient unsere Bildungspolitik. Deshalb haben wir in der Vergangenheit und werden wir auch in Zukunft in die Bildung unserer Kinder investieren — von der Kinderkrippe bis zur Hochschule. Der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat uns Fortschritte in der Bildungsversorgung bescheinigt. Unsere Bilanz wird sich weiter verbessern, wenn die Maßnahmen greifen, die wir in den letzten Jahren eingeleitet haben.

Mit der Festschreibung des Zwei-Säulen-Modells aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule in der saarländischen Landesverfassung haben wir nach Jahrzehnten des Streits das Fundament für einen dauerhaften Schulfrieden gelegt. Das Gymnasium, das sich als Schulform seit Jahrzehnten bewährt hat und das ein Erfolgsmodell darstellt, ist gesichert. Beide Säulen werden gleichberechtigt ausgestattet. Die Vorteile des Zwei-Säulen-Modells für alle Beteiligten liegen auf der Hand: Die Eltern gewinnen mit der klar gegliederten Schulstruktur Übersicht und Sicherheit bei der Schulwahl. Die Schülerinnen und Schüler werden in der Lehr- und Lernkultur der Gemeinschaftsschule entsprechend ihren unterschiedlichen Lern-, Leistungs- und Begabungsprofilen gefördert. Sie können zudem hier — im Unterschied zur verkürzten Lernzeit im achtjährigen Gymnasium — in neun Jahren das Abitur erreichen. Und für die Lehrerinnen und Lehrer wird die Trennung zwischen den verschiedenen Lehrämtern überwunden

und auch die Konkurrenzsituation zwischen Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen aufgehoben.

Ich lade die SPD herzlich ein, diesem Schulfrieden ebenfalls beizutreten — im Interesse der Schülerinnen und Schüler, im Interesse der Eltern und im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer.

Eine besondere Priorität setzen wir auch in der frühkindlichen Bildung. Wir bauen die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren weiter aus. Das gilt insbesondere für die Kinderkrippen. Bereits Ende 2010 hatten wir eine Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren von ca. 25 Prozent, die sich durch Investitionsmaßnahmen, die noch in diesem Jahr begonnen werden, auf rund 30 Prozent erhöhen wird.

Gerade hier müssen wir ansetzen, um Chancengerechtigkeit zu erreichen. Die Sozialstudie Saar und die Vertiefungsstudie zur Armut von Kindern und Jugendlichen haben gezeigt, dass Armut viele Ursachen und viele Gesichter hat. Sie hat aber vor allem deutlich gemacht, dass Bildung — und zwar Bildung von Anfang an — am besten geeignet ist, den Teufelskreis zu durchbrechen. Hinzu kommen müssen weitere Maßnahmen aus dem familiären und sozialen Umfeld. Deshalb setze ich auch weiterhin auf unser Programm „Frühe Hilfen“ und die Arbeit der Schoolworker. All diese Maßnahmen werden wir im Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut zusammenfassen und bündeln.

Der aktuelle Bildungsmonitor hat gezeigt, dass das Saarland gerade bei den Schulabbrechern enorme Fortschritte gemacht hat. Er hat aber auch gezeigt, dass von diesen Fortschritten Kinder mit Migrationshintergrund noch zu wenig profitieren.

Menschen mit Migrationshintergrund gehören zu unserer Geschichte, zu unserem Land dazu. Sie haben in der Vergangenheit ihren Beitrag zum Wohlergehen unseres Landes erbracht und tun dies auch heute. Aber vielfach werden ihre Potenziale nicht genutzt. Deshalb müssen wir gemeinsam unsere Anstrengungen gerade in der Bildung verstärken. Wir haben hier bereits viel erreicht. Ich nenne das Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“, das mittlerweile an allen 160 Grundschulen im Saarland etabliert ist. Ich nenne das Programm „Signal“, das Sprachbildung und soziale Integration in Kindergarten und Grundschule miteinander verknüpft. Und ich nenne das neu gestartete Mento-

ringprogramm für Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien, das wir mit Partnern wie der ASKO-Europa-Stiftung, der Universität und dem Diakonischen Werk sowie mit Vertretern der Saarländischen Wirtschaft durchführen.

Zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht gehören selbstverständlich auch Menschen mit Behinderungen. Wir wissen dies nicht erst seit der UN-Konvention. Aber wir wollen auf der Grundlage der Konvention unsere bisherigen Anstrengungen verstärken.

Auch für diesen Bereich ist ein Aktionsplan in der Vorbereitung, der bis Ende des Jahres vorgelegt wird. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure und Leistungserbringer legen. Wir haben vergangenes Jahr 240 Millionen Euro an Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen ausgegeben. Schon dieser Betrag zeigt, dass wir unserer Verantwortung für Menschen mit Behinderungen gerecht werden. Allerdings sage ich auch, dass wir diese Ausgaben hinsichtlich ihrer Effizienz überprüfen müssen. Maßstab ist für mich dabei, dass die Leistungen den Betroffenen unmittelbar und bedarfsgerecht zukommen. Maßstab ist aber ebenso, heute dafür zu sorgen, dass die Menschen auch morgen noch die notwendige Hilfe erhalten.

*Generatio-
nen*

Wir wollen ein Land sein, in dem sich alle Generationen zu Hause fühlen. Deswegen richten wir den Fokus nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern auch auf die Älteren. Ältere Menschen erbringen einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie wollen und sie sollen sich aktiv einbringen. Dazu brauchen wir Strukturen, um Selbstständigkeit so lange wie möglich zu ermöglichen. Gerade hier liegt in der Verknüpfung von sozialen Netzwerken und der Nutzung neuer technischer Möglichkeiten eine große Chance.

Mit dem vor wenigen Wochen beschlossenen Krankenhausplan haben wir die Weichen für eine leistungs- und zukunftsfähige Krankenhauslandschaft im Saarland gestellt. Eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung können nur Krankenhäuser leisten, die wirtschaftlich solide aufgestellt sind. Deshalb sind eine enge Kooperation — auch über die nationalen Grenzen hinweg — und Verbundlösungen unerlässlich. Weil die Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger steigt, wächst auch die Bedeutung geriatrischer Angebote. Die Lan-

desregierung wird deshalb das Geriatriekonzept weiterentwickeln und im Bereich der Pflege neue Versorgungskonzepte fördern, damit alte Menschen möglichst lange in ihrem häuslichen Umfeld leben können.

Ehrenamt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Saarland heißt vor allem ehrenamtlichen Engagement: Fast 400.000 Saarländerinnen und Saarländer bringen sich in Vereinen oder Initiativen ein. Das freiwillige soziale Engagement, die ehrenamtliche Arbeit, die Nachbarschaftshilfe und die politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bilden das Fundament, auf dem wir die Eigenständigkeit unseres Bundeslandes aufgebaut haben. Ein eigenständiges Saarland ist nicht vorstellbar ohne engagierte Bürger.

Die Landesregierung hat das ehrenamtliche Engagement in vielfältiger Hinsicht gestärkt. So haben wir erst vor wenigen Wochen im Beisein des Bundespräsidenten ein Ehrenamts- und Freiwilligenportal im Internet freigeschaltet. Ich selbst werde als Ministerpräsidentin einen Schwerpunkt auf das bürgerschaftliche Engagement setzen. Deshalb wird der Bereich Ehrenamt direkt in die Staatskanzlei verlagert.

Auf der Grundlage der Untersuchung zur Lage des Ehrenamtes im Saarland werden wir die bisherige Ehrenamtsförderung weiterentwickeln. Es geht dabei um die Unterstützung des organisierten Ehrenamtes in Vereinen und Verbänden genauso wie um die Förderung des einzelnen Bürgers, der sich im Rahmen seiner Möglichkeit für die Gemeinschaft einsetzt.

Gerade die Vereine und Verbände müssen sich an veränderte Rahmenbedingungen wie die Zunahme des Ganztagsbetriebes in Kindertagesstätten oder Schule anpassen. Hier werden wir gemeinsam mit allen Akteuren Vorschläge entwickeln, damit Ehrenamt auch in Zukunft möglich ist.

Unterstützen wollen wir aber auch und gerade alle diejenigen, die sich individuell im Sinne der Subsidiarität ehrenamtlich für Mitmenschen einsetzen. Sie sind Beweis dafür, dass nicht alles vom Staat geleistet werden muss. Diese Eigeninitiative wollen wir unterstützen und fördern. Unter dem Motto „Das Saarland zum Selbermachen“ werden wir dazu eine zielgerichtete Kampagne entwickeln und vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Saarland steht vor großen Aufgaben und es wird kein einfacher Weg werden.

Die aktuellen Geschehnisse in der Eurozone zeigen uns: Weder unsere gemeinsame Währung noch der Bestand der Europäischen Union sind eine Selbstverständlichkeit. Die europäische Integration ist angesichts der derzeitigen Belastungsprobe kein Selbstläufer mehr. Sie ist aber — und das ist und bleibt meine tiefe Überzeugung — nichts weniger als unsere Zukunft. Aus diesem Grund gilt für uns: Wir arbeiten weiter am Zusammenwachsen unseres Kontinents. Und wir tun das gerade und insbesondere hier in der Großregion mit all unseren Nachbarn. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei im deutsch-französischen Grenzraum. Denn genau so unverzichtbar die deutsch-französische Partnerschaft für ein erfolgreiches europäisches Projekt ist, so unverzichtbar ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion für die deutsch-französische Freundschaft.

Bürgerbeteiligung

Genau so wichtig wird es sein, dass sich die Menschen aktiv einbringen können. Wir müssen sie mitnehmen auf unserem Weg, die Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes dauerhaft zu gewährleisten. Dazu bietet unser repräsentativ-parlamentarisches System viele Möglichkeiten. Hinzu treten aber auch zunehmend die Möglichkeiten der direkten Beteiligung. In diesem Sinne haben die Koalitionsfraktionen Vorschläge für mehr direkte Bürgerbeteiligung vorgelegt, die im Landtag zu besprechen sind. Ich würde mich sehr freuen, wenn es in diesem wichtigen Feld zu einem Konsens kommen würde, der in einer Änderung der saarländischen Verfassung mündet.

Aber ein direkter Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist auch außerhalb dieser Maßnahmen möglich und nötig. Ich werde deshalb die Staatskanzlei öffnen. Sie wird ein Ort der Begegnung mit den Menschen und den unterschiedlichsten Gruppen in diesem Land sein. Sie wird ein Ort sein, an dem Menschen offen und kontrovers miteinander diskutieren. Ein Ort, von dem neue Ideen und Impulse ausgehen. Dabei werden wir selbstverständlich neben der persönlichen Begegnung auch die Möglichkeit der neuen Medien nutzen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer,
nach meiner Wahl am 10. August haben mich sehr viele Glückwünsche aus dem ganzen Saarland und darüber hinaus erreicht.

Ein Großteil kam von Menschen, die in keiner öffentlichen Funktion stehen und sich auch für Politik bisher kaum interessiert haben.

Viele haben mit den Grüßen auch den Wunsch verknüpft, dass es gelingen möge, die geschilderten Probleme anzugehen und das Saarland in eine gute Zukunft als selbstständiges und selbstsicheres Bundesland zu führen. Diese Wünsche sind für mich Antrieb und Verpflichtung.

Liebe Saarländerinnen und Saarländer,

was vor uns liegt, ist keine einfache Aufgabe. Das ist aber auch nichts Neues für das Saarland. Wir haben zwei Mal um unsere Selbstbestimmung gerungen. Erfolgreich. Wir haben die Strukturkrise bewältigt. Erfolgreich. Wir können auch diese Herausforderungen meistern. Erfolgreich, wenn alle mit anpacken. Für unser Land.